Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Kindergrundsicherung wird zur Farce: Minister stellen Einigung der Ampelkoalition gegen Kinderarmut vor.
2. Industriestrompreis: Rettungsanker oder Milliardengrab für Steuerzahler?
3. Strategien gegen die BRICS
4. Problem erkannt?
5. “Nie wieder Deutschland” – Eine kurze Geschichte der Grünen
6. Haltung der Deutschen zu Waffenlieferungen an die Ukraine geändert
7. Deutsche Mitschuld
8. Souveränität und Wiederaufbau oder Krieg und Almosen?
9. Land unter Feuer
10. Xi und Modi vereinbaren, die Spannungen wegen der umstrittenen Grenze im Himalaya zu de-eskalieren
11. Wer verdient am Trans-Hype?
12. Gendern: Ein Schwurbelüberfall der Verblendeten
13. Elon Musk: Ein Milliardär beherrscht den unregulierten Weltraum
14. «Hörst du mich noch? Hallo?!» Deutschland hat bis heute Tausende Funklöcher – wie kann das sein?
15. Corona soll offenbar noch einmal zu einem großen Ding gemacht werden

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Kindergrundsicherung wird zur Farce: Minister stellen Einigung der Ampelkoalition gegen Kinderarmut vor.**
   Man muss zum eigenen Witz stehen – auch wenn es nicht mehr zum Lachen ist. »Es ist

diese Bundesregierung, die eine Antwort auf Kinderarmut gefunden hat und darauf können wir stolz sein«, erklärte Bundesfamilienministerin Elisabeth Paus (Grüne) am Montag in der Bundespressekonferenz in Berlin. Eine Ampelentourage aus Finanzminister Christian Lindner (FDP) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) stellte mit der Familienministerin gemeinsam die Einigung der Bundesregierung zur Kindergrundsicherung vor. Oder was davon übrig ist. Auf Kosten von 2,4 Milliarden Euro hat sich die Ampelkoalition nach den vorgestellten Eckpunkten offenbar nach lange und öffentlich geführter Debatte geeinigt. Zur Erinnerung: Paus' erster Entwurf sah Kosten von 12 Milliarden Euro jährlich vor – viel zu wenig, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, wie Armuts- und Ungleichheitsforscher Christoph Butterwegge im jW-Gespräch bereits im April bemerkte. Die nun getroffene Entscheidung bezeichnete der Sozialwissenschaftler am Montag gegenüber dpa als »riesigen Skandal«. Die Einigung bedeutet offenbar auch, dass Finanzminister Lindner mit seinem geplanten Paket von Steuergeschenken für Unternehmen weiterkommt. Paus hatte das »Wachstumschancengesetz« genannte Umverteilungsprogramm im Bundeskabinett zunächst mit Verweis auf das »zentrale sozialpolitische Vorhaben« der Ampelkoalition blockiert, um mehr Mittel von Lindner zu erstreiten. Angesichts der Selbstbeweihräucherung der Ampelpolitiker am Montag muss daran erinnert werden, dass der Sozialverband VdK Mitte August mit 24 Milliarden Euro die zehnfache (!) Summe für eine wirksame Kindergrundsicherung veranschlagt hatte.
Quelle: junge Welt

dazu: **Kindergrundsicherung: Eine geschrumpfte Reform und eine beschädigte Ministerin**
Das öffentlichkeitswirksame Veto von Lisa Paus gegen Christian Lindner hat sich nicht ausgezahlt: Bei der Kindergrundsicherung sind die Grünen die größten Verlierer. […] Es dürfte einer der wenigen heiteren Momente in dieser Runde gewesen sein. Denn der Einigung war ein äußerst zähes Ringen vorausgegangen, gekämpft wurde dabei mit harten Bandagen: In der vorvergangenen Woche hatte Paus im Kabinett ein Veto gegen das Wachstumschancengesetz aus dem Hause Lindner eingelegt und damit der Koalition kurz nach der Sommerpause den eigentlich geplanten harmonischen Neustart verpatzt: Wenn der Finanzminister nicht bereit sei, mehr Geld für die Kindergrundsicherung bereitzustellen, hatte Paus argumentiert, werde sie Lindners Gesetzesvorhaben nicht zustimmen. Es folgten hektische Verhandlungsrunden, dreimal saßen Scholz, Paus und Linder in der vergangenen Woche noch vor dem Treffen im Kanzleramt mehrere Stunden zusammen, bevor schließlich der Durchbruch gelang.
Als Paus und Lindner den Beschluss am Montagvormittag gemeinsam mit

Arbeitsminister Hubertus Heil in der Bundespressekonferenz vorstellen, sind alle Beteiligten bemüht, das Ganze als großen Erfolg zu verkaufen. “Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist die umfassendste sozialpolitische Reform seit vielen Jahren”, beteuert Paus. Die Kindergrundsicherung sei der Einstieg in eine wirksame und strukturelle Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Man habe ein gutes Ergebnis erreicht, assistiert Lindner. […]
Dass Lindner tatsächlich “ziemlich zufrieden” ist, wie er es fast schon bescheiden formuliert, ist dabei durchaus glaubwürdig. Hat er sich doch in allen Punkten, die ihm wichtig waren, weitgehend durchgesetzt – ganz anders als Paus.
Quelle: Zeit Online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die armseligste Verteilung von Winzbeträgen, mal hier 10 und dort 25 Euro an die Ärmsten der Armen, die es am dringendsten nötig haben, und dann übergangslos zum nächsten Steuergeschenk für Reiche, wenn sinnlos weitere 6 Milliarden Euro an die Unternehmen verschleudert werden, also gleich mehr als das Doppelte der Almosen für die armen Kinder, für die angeblich überhaupt kein Geld da ist. Am “besten” gefällt mir Lindners Idee, dass Eltern das Geld fürs Teilhabepaket – 15 Euro pro Monat z. B. für einen Sportverein – weiterhin separat beantragen und die Verwendung mit Belegen nachweisen müssen, was wiederum von öffentlichen Angestellten überprüft werden muss. Für diese Brosamen will also die Partei, die woanders (bei Unternehmerinteressen) immer “Bürokratieabbau” fordert, eine irrsinnige Bürokratie beibehalten, die wahrscheinlich mehr kostet als 15 Euro pro Monat und Kind.*

2. **Industriestrompreis: Rettungsanker oder Milliardengrab für Steuerzahler?**
Bundeskanzler gegen seine eigene Partei. Während die SPD den Industriestrompreis als Rettungsanker sieht, bleibt Scholz skeptisch. Wer setzt sich durch?
Am Dienstag und Mittwoch wird die Bundesregierung in Meseberg beraten, wie sie weiterhin arbeiten möchte. Der Druck, der auf ihr lastet, ist groß und die Probleme sind zahlreich. Die deutsche Wirtschaft schwächelt und es gibt keinen einfachen Weg, ihr wieder Schwung zu verleihen.
Die Probleme der Unternehmen sind vielfältig. Sie klagen über zu hohe Steuern und Abgaben, zu viel Bürokratie und zu hohe Energiekosten. Und Vertreter aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Parteien fordern deshalb einen sogenannten Industriestrompreis, mit dem zumindest die Stromkosten für Unternehmen gesenkt werden sollen.
Am Wochenende sprach sich etwa die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) für diese Form der Subventionen aus. “Wir brauchen einen befristeten Industriestrompreis”, sagte sie. Nur so könne das Versprechen eingehalten

werden, dass die Energiewende nicht zu einer Deindustrialisierung Deutschlands führe.
Nach Ansicht von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin, Manuela Schwesig (SPD), greift es allerdings zu kurz, nur für bestimmte Unternehmen die Energiepreise zu senken. Sie seien eine Hauptsorge in fast allen Wirtschaftsbereichen, erklärte sie laut Deutscher Presse-Agentur (dpa) am Sonntag.
Sie schlug vor, den Strompreis vom Gaspreis zu entkoppeln. Das derzeit geltende Merit-Order-Prinzip führe dazu, dass der Preis für Ökostrom in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sei, obwohl die Produktion von grünem Strom nicht teurer geworden sei.
Quelle: Telepolis

3. **Strategien gegen die BRICS**
Berlin diskutiert über Reaktionen auf den Einflussgewinn des BRICS-Bündnisses nach dessen erfolgreichem Gipfel vergangene Woche in Johannesburg. Der Versuch des Westens – auch der Bundesregierung –, einen Keil in das Bündnis zu treiben, ist gescheitert: Der Gipfel brachte trotz der Auseinandersetzungen um die Teilnahme des russischen Präsidenten Wladimir Putin zwei wichtige Fortschritte. Zum einen nehmen die BRICS zum 1. Januar 2024 sechs neue Mitgliedstaaten auf, darunter die vier stärksten Mächte im Nahen und Mittleren Osten, wo sich der Einfluss des Westens spürbar reduzieren wird. Der Anteil des Bündnisses an der globalen Wirtschaftsleistung wird sich von etwa 25 auf rund 37 Prozent erhöhen. Zudem werden die BRICS-Staaten ihren Handel noch stärker als bisher vom US-Dollar auf nationale Währungen umstellen, vermutlich auch den saudischen, emiratischen und iranischen Ölhandel; dies wird die globale Bedeutung der US-Währung schrittweise reduzieren. Berliner Regierungsberater dringen darauf, gegenüber den BRICS von der Spaltungs- zu einer Einbindungsstrategie überzugehen, um einen weiteren Einflussverlust des Westens zu verhindern.
Quelle: German Foreign Policy

4. **Problem erkannt?**
Boom bei Investitionen und Übernahmen aus Golfstaaten statt Krise? Mainstreammedien lieben Erfolgsgeschichten.
Die EU und die USA werden aktuell von Milliardeninvestitionen aus dem Mittleren Osten förmlich überschwemmt. Unter dem Titel »Petrodollar für Europa« lancierte das »Handelsblatt« am Donnerstag vergangener Woche eine interessante Titelgeschichte. Demnach hätten Länder wie Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate 2022 53 Milliarden US-Dollar in Übernahmen und Investitionen gesteckt. Davon seien 4,4 Milliarden Dollar nach Deutschland geflossen. Denn das Land biete »viele interessante Investitionsmöglichkeiten«, zitierte das Blatt einen regionalen

Manager der US-amerikanischen Großbank J. P. Morgan. Damit sendet die Zeitung aus dem Medienimperium Dieter von Holtzbrincks eine Botschaft: Deutschland ist und bleibt ein begehrter Standort für internationale Investoren. Das trifft allerdings weder auf Stimmung (Ifo-Geschäftsklimaindex) noch faktische Lage zu. Beide sind schlecht. Und nebenbei: 4,4 Milliarden Dollar sind eine eher bescheidene Summe für das suggerierte »Shopping in Germany«.
Quelle: Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek

5. **"Nie wieder Deutschland" – Eine kurze Geschichte der Grünen**
   Der Grünen-Abgeordnete Anton Hofreiter bezeichnet die AfD als eine "Truppe von Landesverrätern". Er verdeutlicht mit seiner Wortwahl den Rechtsrutsch von Bündnis 90/Die Grünen. In den 1990ern skandierten Die Grünen noch "Nie wieder Deutschland". Außenpolitisch sind Die Grünen längst zu einer rechten Partei geworden.
   Wir schreiben das Jahr 1990: Auf einer Demonstration vor dem Römer, dem Rathaus in Frankfurt am Main, sind auch Vertreter der noch recht jungen Partei Die Grünen zugegen. Die Bundespartei hatte sich 1980 gegründet, sie feierte 1990 ihren zehnten Geburtstag. Das allerdings war nicht Gegenstand dieser Demonstration.
   Der Anlass der Demonstration war damals die Sorge vor einem neuen, wiedererstarkten Deutschland, das nach der Wiedervereinigung seine historischen Fehler wiederholen würde. Neben Jutta Ditfurth, die damals noch Mitglied bei den Grünen war, läuft Claudia Roth, die danach eine steile politische Karriere machte, es dabei bis zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages brachte und inzwischen als Kulturstaatsministerin ihr Auskommen findet.
   Eine Fotografie von damals zeigt Roth und Ditfurth mit anderen Demonstranten hinter einem Transparent, auf dem "Nie wieder Deutschland" zu lesen ist. "Gegen die Annexion der DDR", "Gegen deutschen Nationalismus" stand da auch noch. Tja, das waren noch Zeiten.
   Die Sorge der Grünen war nicht unberechtigt. Deutschland strebte erneut nach Herrschaft. Und der spätere deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble erreichte tatsächlich, dass die ganze EU nach der deutschen Pfeife tanzte.
   Als unzutreffend erwies sich dagegen die Überzeugung, dass sie als Grüne niemals zu einem Rechtsrutsch und zu einem neuen Nationalismus in Deutschland beitragen würden. Das Gegenteil ist der Fall, wie der grüne Europapolitiker Anton Hofreiter mit seinem Statement zur AfD nochmal allen, die daran Zweifel hatten, in Erinnerung rief.
   Quelle: Gert Ewen Ungar RT DE
6. **Haltung der Deutschen zu Waffenlieferungen an die Ukraine geändert**
   Die Eskalation der Waffenlieferungen westlicher Länder einschließlich Deutschlands an die Ukraine hat in den letzten Tagen in Deutschland öffentliche Besorgnis erregt.

Dazu sagte Andrej Hunko von der Linkspartei vor kurzem in einem Interview von China Media Group CMG, mit der Eskalation des Krieges habe sich die Haltung der Öffentlichkeit in Deutschland zu Waffenlieferungen an die Ukraine geändert. Die Mehrheit der Deutschen sei dagegen, Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern. Denn der russisch-ukrainische Konflikt werde nie enden, solange immer mehr Waffen geliefert werden, so Andrej Hunko.
Der ehemalige italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte hatte kürzlich die NATO-Strategie zur Ukraine-Krise als gescheitert bezeichnet. Die wiederholte militärische Unterstützung der NATO für die Ukraine habe nicht die erwarteten Ergebnisse erzielt. Außerdem hätten die Wirtschaftssanktionen gegen Russland die russische Wirtschaft nicht schwächen können. Anstatt eines Zusammenbruchs habe sich die russische Wirtschaft sogar weiterentwickelt, so Giuseppe Conte.
Quelle: CRI online

7. **Deutsche Mitschuld**
   Saudi-Arabien: Massenhinrichtungen von Flüchtlingen. Unterstützung durch deutsche Ausbilder und Waffenlieferungen. Arbeitsmigranten gequält.
   Man sei »sehr besorgt« – so die Reaktion des Auswärtigen Amts auf einen vergangene Woche erschienenen Bericht der US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW). Diesem Report zufolge haben saudische Grenzschützer allein in den Monaten März bis Juni Hunderte äthiopische Migranten und Asylsuchende getötet, die versucht hatten, über den Jemen in die Golfmonarchie zu gelangen. Erschossen wurden sie mit schweren Waffen aus nächster Nähe. Auch viele Kinder und Frauen sollen sich unter den Opfern befinden. Außerdem wurden laut HRW Sprengwaffen eingesetzt, Augenzeugen berichteten von Leichenbergen, die Rede ist auch von Vergewaltigungen. Äthiopier seien, bevor auf sie geschossen wurde, gefragt worden, in welches Körperteil sie »am liebsten« getroffen würden.
   Man kommuniziere regelmäßig mit der Regierung Saudi-Arabiens, »auch über Menschenrechtsfragen«, so eine Sprecherin des deutschen Außenministeriums. Über eigene Erkenntnisse zu den schweren Vorwürfen, die bereits im letzten Jahr von mehreren UN-Sonderberichterstattern erhoben worden waren, verfüge man indes nicht. Die UN-Sonderberichterstatter hatten im Oktober 2022 für die ersten Monate des Jahres 2022 430 getötete Migranten verzeichnet. Auch sie hatten bereits von einem systematischen Vorgehen der saudischen Soldaten gesprochen.
   Quelle: junge Welt
8. **Souveränität und Wiederaufbau oder Krieg und Almosen?**
   Syrien als Schauplatz des Kampfs um eine multipolare Weltordnung.
   Die USA geraten in Syrien zunehmend unter Druck. Angriffe von syrisch-irakisch-iranischen Milizen auf die illegalen USA-Basen haben zugenommen. Das Pentagon hat

die nach offiziellen Angaben 900 Soldaten inzwischen auf mehr als 1.000 aufgestockt, unweit des syrischen Konico-Ölfelds (Deir Ez-Zor) wurden Mehrfachraketenwerfer-Systeme HIMARS stationiert und F-22-Kampfjets wurden einsatzbereit gemacht. Russische Kampfflugzeuge, die sich mit den USA-Maschinen immer häufigere »Mutproben« liefern, befanden sich allein im Juli elfmal im Zielbereich der automatischen Abwehrsysteme US-amerikanischer Kampfjets. Militärische Beobachter sprechen von einer Situation »am Rande einer direkten Konfrontation«, zumal eine ursprüngliche Vereinbarung zwischen Rußland und den USA, sich in Syrien »aus dem Weg zu gehen« (Deconflicting) und jeweilige Einsätze mitzuteilen, nicht erneuert wurde. USA-General Michael Corella, Kommandeur für die Operationen im Mittleren Osten sagte, »die Russen versuchen, die USA aus Syrien zu vertreiben«. Der russische Präsident Wladimir Putin machte erneut deutlich, Rußland suche keine militärische Konfrontation mit den USA in Syrien, sei »aber auf jedes Szenario vorbereitet«. Syrien sei Schauplatz einer Konfrontation zwischen den USA und der US-geführten NATO-Allianz gegen Rußland, heißt es in einer Analyse des Zentrums für Studien der Arabischen Einheit von Mitte August. Diese Konfrontation bestehe seit dem Kalten Krieg, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann. Grund sei der Alleinführungsanspruch der USA, die Welt, ihre Ressourcen und politischen Systeme zu kontrollieren.
Quelle: Karin Leukefeld in Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek

9. **Land unter Feuer**
   Großbrände, Landraub, Immobilienhandel. Griechenland ist fest in der Hand des Kapitals
   Im Fall Griechenland kann selbst den einigermaßen neutralen lokalen Beobachter fast gar nichts mehr überraschen. Nicht in diesem schönen, vielleicht schönsten Land des Kontinents. Im Südosten, wo das Meer immer noch türkisblau schimmert und die Oligarchen einfach immer weitermachen, und sie sich vielleicht für die winzig kurze Zeit von vier Jahren ein bisschen sorgten. Doch Alexis Tsipras, den sie in Brüssel, Paris und Berlin völlig zu Unrecht als »extremen Linken« verschrien und verachteten, ist neulich von der politischen Bühne abgetreten, seine »Koalition der Radikalen Linken«, Syriza (Synaspismos Rizospastikis Aristeras), ist von der Regierungspartei (2015 bis 2019) zu einer undisziplinierten, machtlosen Oppositionsdarstellerin verkommen. Eine charismatische Führungsnatur zeigt sich bisher nicht. Aber gut, Hoffnung ist noch da – eventuell schafft es ja diesmal eine Frau an die Spitze: Eftychia Achtsioglou, 38 Jahre alt, aus dem Kaff Giannitsa im Nordwesten der Universitäts- und Hafenstadt Thessaloniki, die unter dem Regierungschef Tsipras Arbeits- und Sozialministerin war.
   Quelle: junge Welt
10. **Xi und Modi vereinbaren, die Spannungen wegen der umstrittenen Grenze im**

Himalaya zu de-eskalieren
Bei einem Zusammenstoß zwischen chinesischen und indischen Truppen, die mit Stöcken und Knüppeln an der nicht genau definierten Grenze kämpften, wurden 2020 24 Menschen getötet.
Der chinesische Präsident Xi Jinping und der indische Premierminister Narendra Modi haben sich am 24. August darauf geeinigt, eine Lösung für die jahrelangen Spannungen entlang der Himalaya-Grenze zwischen den beiden atomar bewaffneten Ländern zu finden.
Quelle: Seniora.org

11. **Wer verdient am Trans-Hype?**
Der Markt für „Geschlechtsangleichungen“ boomt und verspricht Millionengewinne für die Pharmaindustrie, die inzwischen schon auf CSD-Paraden wirbt (Foto). Kajsa Ekis Ekman analysiert die Verstrickungen von Industrie, Kliniken, Forschung und Politik. Und sie enthüllt ein aufschlussreiches „Strategie-Papier“.
Wer sich fragt, wie das Thema Transsexualität in einem so rasanten Tempo eine solche Aufmerksamkeit bekommen konnte, sollte nicht vergessen, dass die Geschlechtsangleichung ein Markt ist. Für die Pharmaindustrie ist ein völlig neuer Kundenstamm entstanden. In den USA identifizieren sich heute fast ein Prozent der jungen Menschen als „trans“. Sie sind die ideale Konsumentengruppe: Sie kommen aus eigenem Antrieb, betteln um Medikamente, und wenn sie einmal damit angefangen haben, müssen sie sie ihr Leben lang nehmen.
Pubertätsblocker kosten 775 US-Dollar pro Monat, was sich, wenn der oder die PatientIn sie drei Jahre lang weiter einnimmt, auf 27.000 US-Dollar summiert. Eine geschlechtsangleichende Operation kostet 30.000 US-Dollar. Hinzu kommen Hormone und unter Umständen Haarentfernung, Gesichtschirurgie, Adamsapfeloder Brustentfernung. Eine Finanzanalyse von „Global Market Insights“ beschreibt den Markt für Geschlechtsangleichungen als eine sehr gute Investition: „Der Umsatz für geschlechtsangleichende Operationen betrug im Jahr 2019 mehr als 316 Millionen US-Dollar und wird zwischen 2020 und 2026 voraussichtlich eine jährliche Wachstumsrate von 25 Prozent erreichen.
Ein zunehmendes Bewusstsein für Transgender-Probleme, die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Zentren für geschlechtsangleichende Operationen gehören zu den wichtigsten Faktoren für das Wachstum der Geschlechtsangleichungschirurgie.“
Besonders lukrativ ist der Markt der Mädchen, die zu Jungen werden wollen: Schätzungen sehen 73 Prozent der Gewinne in diesem Markt. Die Tatsache, dass Kliniken auf Mastektomien und Hysterektomien spezialisiert sind, wird „das Marktwachstum weiter ankurbeln“. „Global Market Insights“ identifiziert die USA, Deutschland und Südostasien als die vielversprechendsten Märkte für Investitionen.

Quelle: Emma

12. **Gendern: Ein Schwurbelüberfall der Verblendeten**
Ideologische Sprachmanipulationen wie „Gendern“ sind moralisch niederträchtig und politisch heimtückisch – egal, was Aktivisten sich dabei denken.
Ideologische Sprach-Korrektoren meinen es oft gut: Sie wollen Diskriminierung abbauen, alle Perspektiven würdigen, Minderheiten Aufmerksamkeit verschaffen oder Ähnliches. Dennoch ist ihr Handeln moralisch niederträchtig und politisch heimtückisch; sie irren sich über ihr Tun.
Wieso? Sie gehen mit ihren Mitbürgern nicht auf Augenhöhe um, sondern maßen sich ungefragt eine Erzieherrolle an. Das verletzt den moralischen Grundsatz gegenseitiger Rücksicht unter Gleichwürdigen. Der Gebrauch ideologischer Eigenschöpfungen in Wort, Aussprache und Schrift macht restlos klar, dass man als Aufklärer und Lehrer seiner Mitwelt auftritt. Wer mit „korrigierten“ Worten auf mich losgeht, der will mich ganz zweifellos belehren.
Und so schäme ich mich instinktiv für jeden, der Formen wie „Mitarbeiter:innen“ mit künstlicher Pause oder irgendeine andere artifizielle Affektation des Ausdrucks an anderen ausprobiert: Wie kann man sich als (meist) Erwachsener gegenüber anderen Erwachsenen ungebeten als Sprecherzieher aufspielen, ohne seine lachhafte Anmaßung zu bemerken?
In solchen Momenten ist mir, als sähe ich einem fremden Kind dabei zu, wie es seine Eltern tyrannisiert: Ich beobachte Verblendung in Aktion. Bei den frei erfundenen Kunstworten oder Kunst-Aussprachen handelt es sich um eine hochnotpeinliche Übergriffigkeit – denn ich bin weder Kind noch Schüler des Neusprech-Propagandisten.
Quelle: Michael Andrick in der Berliner Zeitung

13. **Elon Musk: Ein Milliardär beherrscht den unregulierten Weltraum**
Bereits umkreisen über 4’500 Starlink-Satelliten die Erde. Über 40’000 sind geplant. Privatmann Musk bestimmt, wer sie nutzen darf.
Elon Musk leitet Tesla, Twitter und das Raumfahrtunternehmen SpaceX. Mit letzterem ist er zum dominantesten Akteur im Weltraum geworden, da er stetig Macht über den strategisch wichtigen Bereich des Satelliteninternets angehäuft hat. Angesichts der geringen Regulierung und Aufsicht beunruhigt sein unberechenbares Geschäftsgebaren Militärs und politische Führer auf der ganzen Welt. Das schreibt eine Autorengruppe um den Technologieredaktor Adam Satariano in der New York Times vom 15. August 2023.
Seit 2019 hat Elon Musk fast jede Woche SpaceX-Raketen ins All geschickt, die Dutzende von Satelliten in Sofagrösse in die Umlaufbahn bringen. Die Satelliten kommunizieren mit Terminals auf der Erde, so dass sie Hochgeschwindigkeits-Internet

in fast jeden Winkel der Erde übertragen können. Heute befinden sich mehr als 4‘500 dieser Starlink-Satelliten am Himmel, was mehr als 50 Prozent aller aktiven Satelliten ausmacht. In den kommenden Jahren solle die Starlink-Flotte auf rund 42‘000 Satelliten anwachsen, prognostiziert die NYT. (…)
Die Leistungsfähigkeit der Technologie, die dazu beitrug, den Wert von SpaceX auf fast 140 Milliarden US-Dollar zu steigern, sei deutlich zutage getreten. In Kriegsgebieten sei Starlink oft die einzige Möglichkeit, abgelegenen Gebieten und Orten, die von Naturkatastrophen heimgesucht werden, Zugang zum Internet zu erhalten, schreibt die NYT.
Das US-Verteidigungsministerium ist ein grosser Starlink-Kunde, während andere Militärs, wie beispielsweise in Japan, die Technologie noch testen würden. Die Ukraine setzt es zur Koordinierung von Drohnenangriffen und zur Sammlung von Informationen ein. Aktivisten im Iran und in der Türkei hätten versucht, den Dienst als Absicherung gegen staatliche Kontrollen zu nutzen, berichtet Adam Satariano.
Quelle: Infosperber

14. **«Hörst du mich noch? Hallo?!» Deutschland hat bis heute Tausende Funklöcher – wie kann das sein?**
Wer aus dem Ausland nach Deutschland reist, fühlt sich nach einem Blick aufs Handy wie jemand auf einer Zeitreise – in die Vergangenheit. Besonders mies ist die Mobilfunkabdeckung im Süden des Landes.
Im brandenburgischen Zootzen ist es lauschig, aber man kann sich schnell verirren. Zwischen See und Forst hat die Navigations-App via Mobilfunk kaum eine Chance. Auch ein Telefonat ähnelt einem Glücksspiel. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist die Gegend bei Anwohnern und Ausflüglern beliebt.
Ein junger Mann, der hier viele Wochenenden verbringt, geniesst nach eigenen Angaben die Ruhe und die Möglichkeit, am See zu angeln. Doch wenn er mal zum Arbeiten da sei, habe er ein Problem: «Ohne WLAN geht nichts, fällt es aus, steh ich da.» Die ganze Ostprignitz, so heisst die idyllische Region im Nordwesten von Brandenburg, sei schlecht ausgestattet, sagt er. Er zeigt sein Smartphone. Man sieht keinen einzigen Mobilfunkbalken.
Ob am Zootzen in Brandenburg, auf Sylt, am Rand der bayrischen Alpen oder im Berliner Grunewald: Die Bundesrepublik ist in puncto Mobilfunkabdeckung von blinden Flecken übersät, also von Gebieten, die nicht mit 4G oder 5G versorgt sind. Bis heute gibt es Dörfer und auch Städte, in denen die Datenrate so niedrig ist, dass ein einfaches Google-Suchergebnis minutenlang auf dem Handy lädt.
Quelle: NZZ

15. **Corona soll offenbar noch einmal zu einem großen Ding gemacht werden**
Die Universitätsmedizin in Mainz schreibt derzeit im Auftrag des rheinland-pfälzischen

Gesundheitsministeriums Landeskinder an, um sie zur Teilnahme an einer sogenannten Sentinel-Studie zu gewinnen. Ziel ist die Entwicklung eines Smartphone-App-gestützten Frühwarnsystems in Hinblick auf Sars-CoV-2, um „frühzeitig zielgerichtete, passgenaue Maßnahmen ergreifen zu können“. Gleichzeitig ziehen die berüchtigsten Corona-Radikalen wieder durch die Medien und machen Alarm.
Die Teilnehmer sollen sich einmal pro Woche mit einem Covid-Schnelltest testen und das Ergebnis per Smartphone-App übermitteln. Aus der Infektionsrate in der Sentinel-Kohorte wird dann in Echtzeit geschätzt, wie viele Infektionen es in der Bevölkerung gerade gibt.
Neben der Möglichkeit, schnell Maßnahmen zu ergreifen, sollen die mit diesem Covid-Frühwarnsystem gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen bei der Abwehr von künftigen Gefährdungen der Bevölkerungsgesundheit hilfreich sein. Das dürfte auf die starke Betonung von Tests auf jeden erdenklichen Virus in Zusammenhang mit dem geplanten WHO-Pandemievertrag abzielen.
Gleichzeitig wird rechtzeitig zum Herbstbeginn die mediale Covid-Alarmstufe nach langer völliger Funkstille wieder hochgefahren. Im Spiegel darf die Schulschließungsdränglerin Isabella Eckerle heute im Interview den ebenso dummen wie furchteinflößenden Satz zu Corona sagen „Das Virus ist noch nicht fertig mit uns“ und wird dazu in Schutzkleidung abgebildet. Der Immernochgesundheitsminister Karl Lauterbach verbreitet das Interview per X (früher Twitter) mit der Warnung, das Virus sei zu ständigen Veränderungen in der Lage.
Quelle: Norbert Häring